

Marcus Scheiblecker, Ewald Walterskirchen

Erhöhte Konjunkturrisiken

Prognose für 2005 und 2006

Bezüglich des weiteren Konjunkturverlaufs im Euro-Raum bestehen große Unsicherheiten. Die Export- und Gewinnsteigerungen lösten bisher noch keine entsprechende Ausweitung von Investitionen und privatem Konsum aus. Einen weiteren Risikofaktor bildet der hohe Erdölpreis. In Österreich entwickelt sich die Wirtschaft dank positiver Impulse von der Steuerreform günstiger als im Euro-Raum. Sie wird 2005 und 2006 um jeweils etwa 2¼% wachsen. Die Arbeitslosenquote dürfte jedoch nicht zurückgehen, da das Arbeitskräfteangebot außerordentlich stark steigt.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 1. April 2005. •
E-Mail-Adressen: Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at, Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at

Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft wird sich 2005 geringfügig auf etwa 2¼% beschleunigen und 2006 mit derselben Rate fortsetzen. Ausschlaggebend dafür sind der private Konsum und die Bauwirtschaft. Die privaten Haushalte profitieren heuer von der Einkommensteuersenkung und der Beschäftigungsausweitung, sie werden das zusätzliche Nettoeinkommen zumindest teilweise für Konsumgüter ausgeben. Die Bautätigkeit wird ebenfalls deutlich rascher expandieren als im vergangenen Jahr. Darauf deuten vor allem die hohen Auftragsbestände im Tiefbau, aber auch in einigen Sparten des Hochbaus hin. Die Impulse von der Auslandsnachfrage werden dagegen nachlassen, da sich das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamt. Zudem werden die Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge schwächer steigen als im vergangenen Jahr, als Anschaffungen vor dem Auslaufen der Investitionszuwachsprämie vorgezogen wurden. Insgesamt wird die Wirtschaft in Österreich heuer und im nächsten Jahr rascher wachsen als im Euro-Raum.

Die Konjunkturrisiken haben im Euro-Raum in den letzten Monaten wesentlich zugenommen. Die bereits abklingende außenwirtschaftliche Dynamik übertrug sich bisher nur wenig auf die Binnennachfrage. Trotz hoher Gewinnsteigerungen kommt die Investitionsnachfrage im Euro-Raum nicht in Schwung. Die Großunternehmen bauen Schuldenstände und Beschäftigung ab, die privaten Haushalte zeigen sich vor allem in Deutschland verunsichert und schränken ihre Ausgaben für Wohnbau und Konsum ein. Darin liegt der Hauptgrund für die Konjunkturschwäche im Euro-Raum.

Der hohe Euro-Kurs ist nicht das entscheidende Hemmnis für die Konjunktur in Europa: Der Export entwickelt sich sehr günstig, und die Schwäche der Inlandsnachfrage hängt nicht mit dem Euro-Kurs zusammen. Auch der hohe Rohölpreis kann nicht als zentrales Hindernis angesehen werden – trotz hoher Erdölpreise wächst die Wirtschaft in den USA und in Asien sehr rasch. Kein Hemmschuh ist auch die Geldpolitik im Euro-Raum, sie wirkt seit 2001 expansiv, wenngleich nicht so stark wie in den USA. Große Unterschiede bestehen in der Fiskalpolitik und in der Entwicklung der Immobilienpreise: In den USA und in Großbritannien trug die sehr expansive Budgetpolitik – gemeinsam mit einem beträchtlichen Anstieg der Immobilienpreise – entscheidend zur Ausweitung der Inlandsnachfrage bei. In den Euro-Ländern war die budgetpolitische Linie überwiegend konjunkturneutral, steigende Budgetdefizite wurden hier bei anhaltend schwacher Konjunktur "erlitten". Die Immobilienpreise stagnierten in den meisten Euro-Ländern, sodass im Gegensatz zum angelsächsischen Raum von dieser Seite kein Stimulus für Wohnbau und Konsum kam.

Zu den Risiken und Unsicherheiten der aktuellen Prognose zählt eher der Rohölpreis als der Euro-Kurs. Die Inflationsentwicklung steht im Zeichen der Rohölpreise: Die Teuerungsrate erreichte in Österreich im Jahresdurchschnitt 2004 2,1%, davon entfiel etwa ½ Prozentpunkt auf die Energieverteuerung. Für heuer ist mit einer weiteren Beschleunigung der Inflation auf 2,5% zu rechnen. Die Preise von Energie, Mieten und Zigaretten sind primär dafür maßgebend. Dabei wird unterstellt, dass der Rohölpreis 2005 im Durchschnitt bei 44 \$ je Barrel (Brent) liegt. Im kommenden Jahr ist mit einem spürbaren Rückgang der Inflationsrate auf 1,8% zu rechnen, da die Preise von Energieprodukten zurückgehen und die administrierten Preise relativ stabil bleiben dürften.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2001	2002	2003	2004	2005	2006
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 0,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3
Nominell		+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,9
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real		+ 2,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 4,8	+ 4,0	+ 3,7
Handel, real		+ 2,4	+ 2,2	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,4
Private Konsumausgaben, real		+ 1,0	- 0,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,2
Bruttoanlageinvestitionen, real		- 2,1	- 3,4	+ 6,2	+ 3,8	+ 1,8	+ 2,7
Ausrüstungen ²⁾		+ 1,6	- 6,5	+ 5,1	+ 7,1	+ 1,5	+ 3,5
Bauten		- 5,0	- 0,8	+ 7,0	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,0
Warenexporte ³⁾							
Real		+ 6,3	+ 4,3	+ 2,5	+12,2	+ 6,0	+ 7,0
Nominell		+ 6,5	+ 4,2	+ 1,9	+13,0	+ 6,5	+ 7,5
Warenimporte ³⁾							
Real		+ 5,5	+ 0,3	+ 6,8	+ 8,4	+ 6,0	+ 7,1
Nominell		+ 5,0	- 2,0	+ 5,0	+10,4	+ 6,8	+ 7,8
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 4,13	+ 0,75	- 1,11	- 1,25	- 1,59	- 1,09
	in % des BIP	- 1,9	+ 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,4
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	5,1	5,0	4,2	4,2	3,9	4,3
Verbraucherpreise		+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,8
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		3,6	4,2	4,3	4,5	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		6,1	6,9	7,0	7,1	7,1	7,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾		+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	+ 0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 2,0	- 1,8

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

Die Beschäftigung reagierte bereits deutlich auf die Konjunkturverbesserung. Im Jahr 2004 erhöhte sich die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 21.000. Für 2005 und 2006 wird ein Anstieg um jeweils mehr als 25.000 Personen erwartet, der überwiegend Vollzeitstellen betreffen wird. Der Zuwachs konzentriert sich auf unternehmensnahe Dienstleistungen, Gesundheitswesen und Handel. Trotz der kräftigen Beschäftigungssteigerung wird die Arbeitslosenquote voraussichtlich nicht zurückgehen, sie dürfte bei 7,1% (bzw. 4,5% laut Eurostat-Definition) verharren. Der Grund dafür liegt in der starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes: Das inländische Arbeitskräfteangebot wächst aus demographischen Gründen, durch eine hohe Zahl von Einbürgerungen sowie infolge der Pensionsreform. Zusätzliche ausländische Arbeitskräfte kommen vor allem aus Deutschland, die Auswirkungen der Reformen des Sozialsystems ("Hartz IV") dürften den Zustrom noch verstärken. Gleichzeitig arbeiten immer weniger Österreicher in Deutschland.

Die zweite Etappe der Steuerreform wird das Defizit der öffentlichen Haushalte 2005 auf etwa 2% des BIP steigen lassen. Hohe Umsatz- und Körperschaftsteuereinnahmen zu Jahresbeginn sowie der verstärkte Preisauftrieb rücken das Ziel, das Defizit unter der 2%-Marke zu halten, in greifbare Nähe. Im Jahr 2006 dürfte die Nettokreditaufnahme des Staates, wie im Stabilitätsprogramm angenommen, leicht zurückgehen. Positiv wirkt sich das Auslaufen der Investitionszuwachsprämie auf den Staatshaushalt aus, andererseits ergeben sich infolge der Steuerreform Ausfälle an Einkommen- und Körperschaftsteuern.

Wachstum der Weltwirtschaft lässt nach

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Phase des ausgeprägten Konjunkturaufschwungs. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wurde 2004 um fast 5% gesteigert. An der Spitze der Entwicklung standen China, die USA, Lateinamerika und die ostasiatischen Schwellenländer. Die hohe Dynamik spiegelte sich auch in der Ausweitung des Welthandels um 9%. Die Unterschiede zwischen dem Wachstumstempo der Ländergruppen sind primär durch die Inlandsnachfrage bestimmt. In Japan und im Euro-Raum blieb das Wirtschaftswachstum hinter dem OECD-Durchschnitt zurück, da die Binnennachfrage nahezu stagnierte.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real							
OECD insgesamt	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,6	
USA	+ 0,8	+ 1,9	+ 3,0	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,1	
Japan	+ 0,2	- 0,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,8	
EU 25	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,3	
EU 15	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,8	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,2	
Euro-Raum	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,5	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,2	
Deutschland	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	
Neue EU-Länder ¹⁾	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,8	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,1	
China	+ 7,3	+ 8,0	+ 9,1	+ 9,5	+ 8,8	+ 8,3	
Welthandel, real	+ 0,3	+ 3,3	+ 4,1	+ 9,0	+ 7,2	+ 7,1	
Marktwachstum Österreichs ²⁾	+ 2,4	+ 1,8	+ 4,4	+ 8,7	+ 6,5	+ 6,5	
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾							
Insgesamt	- 8	- 5	- 4	+ 18	+ 6	- 2	
Ohne Rohöl	- 3	- 6	- 6	+ 18	+ 1	+ 6	
Erdölpreis ⁴⁾	\$ je Barrel	23,6	24,1	28,4	37,8	44,0	39,0
Wechselkurs	\$ je Euro	0,896	0,945	1,131	1,243	1,34	1,28

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Euro-Basis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Der weltweite Aufschwung wird 2005 und 2006 voraussichtlich an Dynamik verlieren. In den OECD-Staaten wird sich das Wirtschaftswachstum von 3½% im Jahr 2004 auf 2¾% 2005 und 2006 abschwächen. Parallel dazu wird sich die Expansion des Welthandels verlangsamen.

In den USA wuchs die Wirtschaft 2004 um 4½%. Die Investitionen wurden kräftig ausgeweitet, der Wohnbau florierte, und auch der private Konsum wies deutliche Zuwächse auf. Nachdem die Konjunktur durch eine sehr expansive Fiskal- und Geldpolitik in Gang gebracht worden war, entfaltete sich ein selbsttragender Aufschwung, der auch durch die schrittweise Anhebung der Zinssätze nicht beeinträchtigt wird.

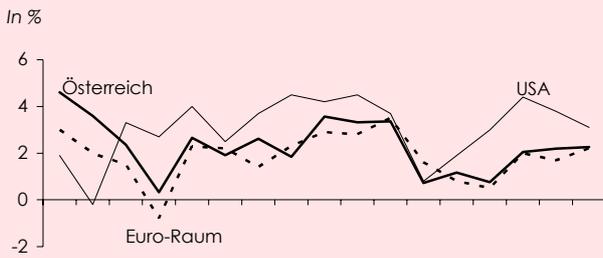
In den Jahren 2005 und 2006 wird sich das Wirtschaftswachstum in den USA abschwächen. Das hohe Leistungsbilanz- und Budgetdefizit lässt eine restriktivere Fiskal- und Geldpolitik erwarten. Trotz der kräftigen Dollarabwertung ist die deutliche Expansion von steigenden Leistungsbilanzdefiziten begleitet, da die Inlandsnachfrage viel rascher als in Europa und Japan zunimmt und gegenüber China wegen der Unterbewertung des Renminbi ein beträchtliches Handelsbilanzpassivum besteht. Der Importsog aus den USA, der in den Leistungsbilanzungleichgewichten zum Ausdruck kommt, liefert den anderen Wirtschaftsräumen erhebliche Nachfrageimpulse.

In einer Reihe von Ländern (USA, China) nähert sich die Wirtschaft bereits ihren Kapazitätsgrenzen. Davon geht eine Preisauftriebstendenz aus. In den USA dürfte die Inflationsrate 2005 nur wenig unter der 3%-Marke bleiben. Dies wird die Notenbank zu weiteren schrittweisen Anhebungen der Zinssätze veranlassen.

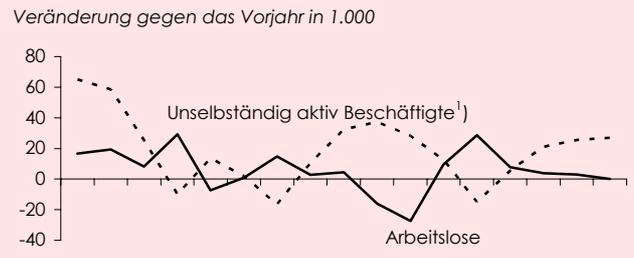
In Japan wurden die Wirtschaftsdaten zuletzt nach unten revidiert. Das BIP wuchs demnach 2004 um 2,6%. Die Exportkonjunktur verlor im Gefolge der Dollarabwertung an Dynamik, die Inlandsnachfrage blieb relativ schwach. Gleichwohl expandierte die "kränkelnde" Wirtschaft Japans in den letzten zwei Jahren rascher als jene des Euro-Raums. Der Anstieg des Yen-Kurses und die labile Inlandsnachfrage lassen jedoch für 2005 und 2006 eine Expansion von nur gut 1½% erwarten.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

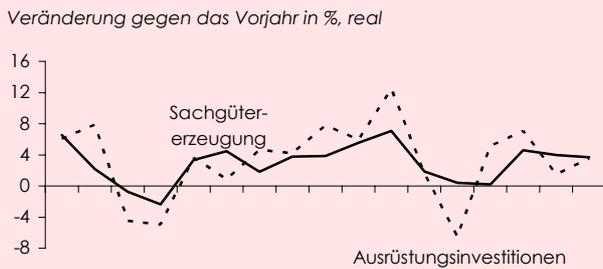
Wirtschaftswachstum



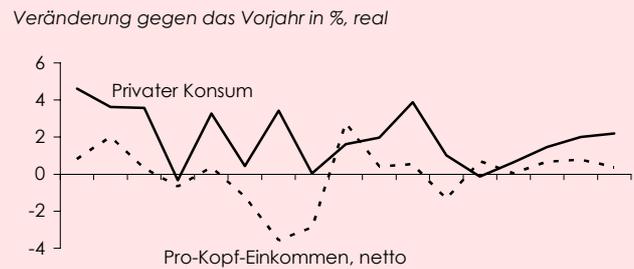
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



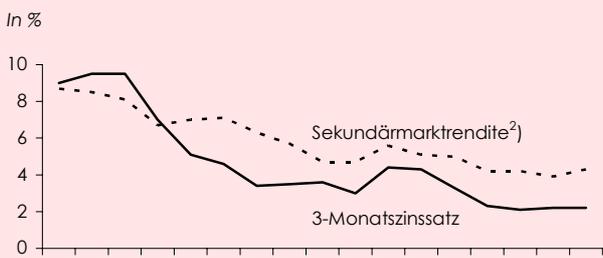
Produktion und Investitionen



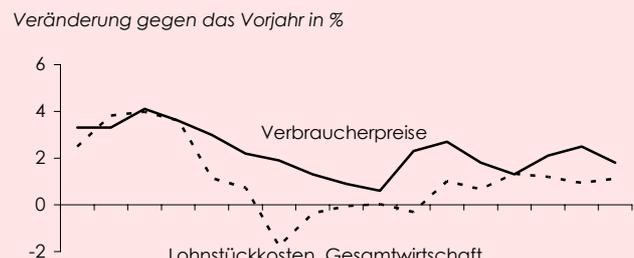
Konsum und Einkommen



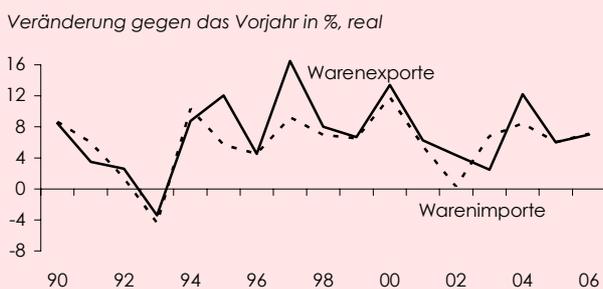
Kurz- und langfristige Zinssätze



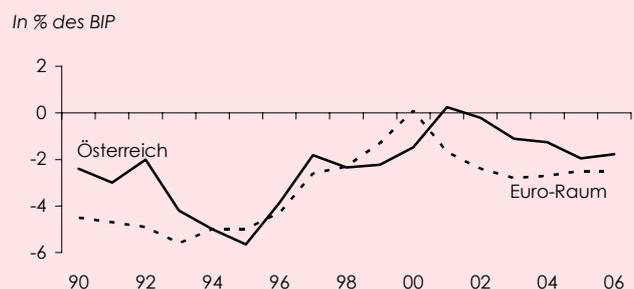
Preise und Lohnstückkosten



Außenhandel (lt. Statistik Austria)



Finanzierungssaldo des Staates



Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Der Rohölpreis erreichte zuletzt mit 55 \$ je Barrel einen neuen Höchststand. Der Anstieg ist hauptsächlich die Folge des raschen Wachstums der Weltwirtschaft. Nach einem "Überschießen" in den letzten Wochen dürften sich die Rohölpreise im Jahresverlauf beruhigen.

Im Euro-Raum blieb die Konjunkturerholung verhalten. Von der Auslandsnachfrage gestützt, stieg das reale BIP 2004 um 2%. Die Inlandsnachfrage trug nur in einigen Ländern signifikant zum Wirtschaftswachstum bei, in Deutschland und Italien stagnierte sie nahezu.

Die Konjunkturerholung verläuft im Euro-Raum bisher zu langsam, um die Arbeitslosigkeit merklich zu verringern. Die Arbeitslosenquote verharrt bei fast 9% – trotz Lohnzurückhaltung und Deregulierung der Arbeitsmärkte. Die Beschäftigungsquote steigt im Zuge der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Ausweitung von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung).

Das geringe Tempo der Konjunkturerholung geht in Europa primär auf ein zögerndes Ausgabeverhalten der Unternehmen und privaten Haushalte zurück, das mit erhöhter Unsicherheit zusammenhängt. Hingegen sind der hohe Euro-Kurs und die Erdölpreishausse nicht die entscheidenden Hemmnisse: Der Export der Euro-Länder entwickelt sich sehr günstig, und trotz hoher Rohölpreise wächst die Wirtschaft in den USA und in Asien sehr rasch.

Die Geldpolitik ist im Euro-Raum seit 2003 expansiv – wenngleich nicht so unterstützend wie in den USA. Die Realzinssätze sind zwar im Euro-Raum niedrig, aber sie wirken viel weniger positiv auf Wohnbau und Konsum als in den angelsächsischen Ländern.

Große Unterschiede bestehen in der Fiskalpolitik. In den USA und in Großbritannien trug die sehr expansive Budgetpolitik – gemeinsam mit stark steigenden Immobilienpreisen – entscheidend zur Ausweitung der Inlandsnachfrage bei. Die meisten Euro-Länder verfolgten dagegen eine konjunkturneutrale Budgetpolitik. Dies hängt nicht nur mit den Maastricht-Zielen zusammen, sondern ist Ausdruck des vorherrschenden wirtschaftspolitischen Paradigmas, die strukturellen Budgetdefizite auch in einer Rezession nach Möglichkeit zu senken. Der neue Stabilitäts- und Wachstumspakt bedeutet eine ökonomisch sinnvolle Anpassung an die Realität. Er trägt der Tatsache Rechnung, dass die Budgetdefizite wegen der konjunkturellen Komponente weiter steigen, solange die Wirtschaft ihre Schwächephase nicht überwunden hat. Gleichzeitig wird sinnvollerweise empfohlen, das strukturelle Budgetdefizit in Aufschwungsphasen um ½% des BIP pro Jahr zu verringern.

Für heuer zeichnet sich im Euro-Raum eine etwas schwächere Dynamik als 2004 ab. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte um 1½% bis 1¾% steigen. Die Impulse von der Auslandsnachfrage lassen nach, ein tragender Aufschwung von Konsum und Wohnbau ist nicht in Sicht. Die stark verbesserte Ertragslage der Unternehmen sollte jedoch die Investitionstätigkeit stimulieren. Unter der Annahme eines Rückgangs von Erdölpreis und Euro-Kurs ist 2006 für den Euro-Raum ein Wachstum von mehr als 2% zu erwarten.

Zu den Risiken und Unsicherheiten der aktuellen Prognose zählt eher der Rohölpreis als der Euro-Kurs. Letzterer stabilisierte sich in den vergangenen Monaten zwischen 1,30 \$ und 1,35 \$. Der Erdölpreis stieg dagegen auf 55 \$ je Barrel. Sollte er wider Erwarten dieses Niveau halten, dann würde dies das BIP-Wachstum im Euro-Raum um ¼ bis ½ Prozentpunkt dämpfen.

Angesichts der dynamischen Wirtschaftsentwicklung setzte die Notenbank in den USA die behutsame Anhebung der Leitzinsen zu Jahresbeginn 2005 fort. Die Fed bekräftigte, die Geldpolitik auch künftig maßvoll straffen zu wollen, um Inflationsgefahren vorzubeugen. Im Laufe des Jahres wird sie die Zinssätze weiter in sehr kleinen Schritten hinaufsetzen, um keinen Zusammenbruch der Immobilienpreise zu riskieren.

Die Europäische Zentralbank verfolgt eine Politik der "ruhigen Hand". Sie hat den Basiszinssatz seit Juni 2003 nicht verändert. Auch in diesem Jahr dürfte die EZB vorsichtig agieren und den Zinssatz nicht parallel zu den USA anheben, da die Kapazitäten im Euro-Raum bei weitem nicht ausgelastet sind und die Kerninflation niedrig ist. Die Inflationsgefahr ist wegen der verhaltenen Konjunkturerholung und des hohen Euro-Kurses relativ gering.

Weiterer Konjunkturverlauf im Euro-Raum unsicher

Keine Veränderung der Zinssätze im Euro-Raum zu erwarten

Die langfristigen Zinssätze bewegen sich trotz der Leitzinssatzanhebung in den USA in ruhigen Bahnen. Dies deutet auf gedämpfte Inflationserwartungen hin. Die Sekundärmarktrendite wird im Jahresdurchschnitt 2005 unter der 4%-Marke liegen und nächstes Jahr mit 4,3% wieder das Niveau von 2003 erreichen.

Anhaltende Konsum- und Investitionsschwäche in Deutschland

In Deutschland gewann die Konjunktur im Zuge der Belebung der Weltwirtschaft an Schwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg 2004 mit +1,6% stärker als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre, allerdings durch eine höhere Zahl von Arbeitstagen begünstigt. Die Erholung war fast ausschließlich vom Export getragen. Sie verlor deshalb in der zweiten Jahreshälfte an Dynamik, als die Ausfuhrsteigerung abflaute. Der Anstieg der Erdölpreise drückte die schon getriebene Konsumneigung weiter.

Trotz der dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung konnten die deutschen Unternehmen die Warenausfuhr um 10% steigern; besonders rasch expandierten die Exporte nach Asien und in die OPEC-Staaten. Auch die Warenlieferungen in den Euro-Raum wuchsen kräftig, hier kam Deutschland die Verbesserung der Wettbewerbsposition aufgrund unterdurchschnittlicher Lohn- und Preissteigerungen zugute. In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik wies die Leistungsbilanz 2004 einen Überschuss von 3,4% des BIP auf. Die Wirtschaftspolitik bleibt in Deutschland primär darauf ausgerichtet, diesen Überschuss durch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (z. B. geplante Steuerentlastung für Unternehmen) weiter zu erhöhen.

Die privaten Haushalte schränkten ihre Nachfrage 2004 leicht ein. Die Steuerentlastungen zu Jahresbeginn wurden durch die Belastungen im Zuge der Gesundheitsreform und die Energieverteuerung ausgeglichen. Die Konsumneigung wurde durch die Diskussion um immer neue Belastungen ("Hartz IV", Verlängerung der Arbeitszeit) gedrückt.

Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen 2004 nach dreijährigem Rückgang um 1%. Angesichts der starken Verbesserung der Gewinnlage fiel der Anstieg damit sehr gering aus. Die Unternehmen zogen es vor, Schuldenstände abzubauen; zum Teil investierten sie auch im Ausland. Nach vorläufigen Berechnungen ist der Unternehmenssektor in Deutschland inzwischen Nettogläubiger, nicht mehr Nettoschuldner.

Die mangelnde Investitionsbereitschaft geht mit einer Zurückhaltung bei der Neueinstellung von Beschäftigten einher. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich die Konjunkturerholung bisher kaum ausgewirkt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg zwar 2004 erstmals seit drei Jahren, der Zuwachs blieb jedoch auf die geringfügige Beschäftigung ("Mini-Jobs") beschränkt. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ging um 440.000 zurück.

Die Konjunkturerholung dürfte sich in Deutschland fortsetzen, aber weiterhin kaum Dynamik entfalten. Die Wachstumsprognosen für 2005 divergieren stark: zwischen +½% und +1½%. Eine Schlüsselrolle wird der Investitionstätigkeit zukommen. Die aufgrund der langen Schwächeperiode niedrige Kapazitätsauslastung und die allgemeine Unsicherheit scheinen hier ein besonderes Hindernis zu bilden. Der private Konsum erhielt Anfang 2005 Impulse durch eine neuerliche Steuerentlastung. Wegen der Verunsicherung der Konsumenten könnten diese jedoch wie die früheren verpuffen.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird 2005 neuerlich die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Obergrenze von 3% des BIP deutlich überschreiten. Der Anstieg des Defizits wurde in den letzten Jahren wegen der schwachen Wirtschaftsentwicklung "erlitten", die Budgetpolitik wirkte insgesamt leicht expansiv.

Mäßige Konjunkturerholung in Österreich

Die heimische Konjunktur zeigte bis in den Spätsommer 2004 deutliche Belebungs-tendenzen. Im Schlussquartal des vergangenen Jahres verflachte jedoch die Dynamik: Nachdem sich das um Saison- und Arbeitstageeffekte bereinigte reale BIP im II. und III. Quartal um jeweils 0,8% gegenüber dem Vorquartal erhöht hatte, ging im IV. Quartal der Anstieg auf 0,3% zurück. Für das gesamte Jahr 2004 ergab sich ein Wirtschaftswachstum von 2%. Dies entsprach dem Durchschnitt des Euro-Raums und übertraf die Rate in Deutschland (+1,6%), obwohl die österreichische Wirtschaft erst

mit einer Verzögerung von einem Quartal auf die Konjunkturerholung in Deutschland reagiert hatte.

Die Abschwächung gegen Jahresende berücksichtigte das WIFO bereits in seiner Dezember-Prognose. Die WIFO-Konjunkturumfrage in der Sachgütererzeugung zeigt für das I. Quartal 2005 eine relativ gute Auftragslage, aber eine leichte Verschlechterung gegenüber dem Vorquartal. Für den weiteren Jahresverlauf geht die vorliegende Prognose von einer anhaltenden mäßigen Besserung aus, welche allerdings die Dynamik vergangener Aufschwungphasen nicht erreicht. Für die Jahre 2005 und 2006 wird wie im Dezember ein Wirtschaftswachstum von 2,2% bzw. 2,3% prognostiziert. Die Risiken wurden jedoch in den letzten Monaten wesentlich größer. Die bereits abklingende außenwirtschaftliche Dynamik übertrug sich bisher nur wenig auf die Binnennachfrage, die Transmission der hohen Exportgewinne auf die Investitionsnachfrage kam im Euro-Raum nicht in Schwung. Die Großunternehmen disponieren vorsichtig und bauen Schuldenstände sowie Beschäftigung ab. Die im Aufschwung übliche Steigerung der verfügbaren Einkommen über eine Beschäftigungsausweitung bleibt damit aus. Neben diesen Unsicherheiten könnte ein Verharren der Rohölpreise auf ihrem derzeitigen Höchststand die Inflation beschleunigen und die Kaufkraft schwächen. Nach wie vor geht das WIFO jedoch im Einklang mit den internationalen Prognosen von einem Nachgeben der Notierungen aus.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
	Mrd. € (Referenzjahr 2000)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	3,92	4,26	4,26	4,26	- 1,3	+ 8,6	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	40,25	42,20	43,89	45,51	+ 0,2	+ 4,8	+ 4,0	+ 3,7
Energie- und Wasserversorgung	5,22	5,11	5,21	5,31	+ 0,3	- 2,2	+ 2,0	+ 2,0
Bauwesen	15,17	15,40	15,71	15,99	+ 5,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8
Handel ²⁾	26,27	26,59	27,18	27,83	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,4
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	8,35	8,47	8,60	8,81	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,30	14,40	14,69	14,98	+ 4,4	+ 0,7	+ 2,0	+ 2,0
Kreditinstitute und Versicherungen	8,89	9,09	9,21	9,30	- 4,5	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	33,36	34,18	35,21	36,27	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,0
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	11,59	11,50	11,47	11,58	+ 0,3	- 0,8	- 0,3	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen	25,85	25,98	26,17	26,43	- 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	193,02	197,21	201,56	206,22	+ 0,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3
Bruttoinlandsprodukt	216,00	220,42	225,27	230,36	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Seit der letzten Prognoserevision im Dezember scheint das Risiko einer weiteren Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar gesunken zu sein. Einerseits veränderte sich der Kurs seither nicht wesentlich, und die abklingende Volatilität weist auf eine weitgehende Stabilisierung hin. Andererseits verringert die wachsende Zinsdifferenz zwischen den USA und dem Euro-Raum den Abwertungsdruck, der durch das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA entsteht.

Die Erholung der Wirtschaft im Jahr 2004 war hauptsächlich auf die hohe Dynamik der Ausfuhr zurückzuführen: Der Warenexport stieg real um 12%, die höchste Rate seit 2000 (+13,4%). Als besonders aufnahmefähig erwiesen sich die Märkte in den USA, in Asien und Südosteuropa. Der Export in die neuen EU-Länder entwickelte sich dagegen nur durchschnittlich. Die USA wurden zum drittgrößten Abnehmer österreichischer Produkte nach Deutschland und Italien, noch vor der Schweiz und Großbritannien. Auch die Ausfuhr nach Deutschland wurde kräftig erhöht. Österreichs Ex-

**Exportdynamik flaut
2005 ab**

Der Warenexport wuchs 2004 real um 12%. Die Unternehmen nutzten vor allem die Chancen in den USA, in Asien und Südosteuropa. Wegen der zu erwartenden Abschwächung der Dynamik des Welthandels wird die Ausfuhr 2005 und 2006 nicht mehr so rasch steigen.

portureu gewannen trotz der starken Euro-Aufwertung auf den Weltmärkten an Boden. Die Warenexporte wuchsen um etwa 3 Prozentpunkte rascher als die Absatzmärkte (mit Exportanteilen gewichtet). Diese Verbesserung der Marktanteilsposition lässt sich nur zu einem geringen Teil mit der Verringerung der relativen Lohnstückkosten der Sachgüterproduktion erklären (2004 -½% gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner).

Übersicht 4: Produktivität

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9
Vollzeitäquivalent	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4
Vollzeitäquivalent	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,4
Sachgütererzeugung						
Produktion ²⁾	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 4,6	+ 4,0	+ 3,7
Beschäftigte ³⁾	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,6	- 0,8	- 0,4
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 2,1	+ 3,4	+ 1,6	+ 4,7	+ 4,6	+ 4,1
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,4	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	± 0,0

Q: WIFO-Konjunkturprognose. - ¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. - ²⁾ Nettoproduktionswert, real. - ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. - ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. - ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Die saisonbereinigten Daten zeigen die größte Dynamik der Ausfuhr in der ersten Hälfte des Jahres 2004, danach stagnierte der Warenexport auf hohem Niveau. Dies wird sich in niedrigeren Vorjahresabständen im 1. Halbjahr 2005 niederschlagen.

Die Abschwächung der internationalen Konjunktur und die Stärke des Euro gegenüber dem Dollar werden heuer das Exportwachstum auf 6% verlangsamen. Für 2006 wird aufgrund der erwarteten Erholung des Dollarkurses bei unverändertem Marktwachstum mit einem Exportzuwachs um 7% gerechnet. Die relative Lohnstückkostenposition in einheitlicher Währung dürfte sich 2005 und 2006 weiter verbessern; die im Jahr 2004 erzielten Marktanteilsgewinne können dadurch gehalten werden.

Der Reiseverkehrsexport stagnierte im Jahr 2004 in realer Rechnung. Ausschlaggebend war dafür die labile Wirtschaftslage in Deutschland und Italien, zu einem geringeren Teil auch der ungünstige Wechselkurs für Touristen aus dem Dollarraum. Darüber hinaus wurden Reisen in den Dollarraum stimuliert. Im laufenden Jahr ist mit einem leichten Anstieg der Reiseverkehrsexporte um real 0,5% zu rechnen, für 2006 wird eine deutliche Erholung erwartet.

Mit dem Abflauen der außenwirtschaftlichen Aktivität ist 2005 mit einer Verringerung der Importsteigerungen zu rechnen. Die positiven Effekte der Steuerreform auf den privaten Konsum und die Erdölverteuerung werden 2005 eine leichte Verschlechterung des Leistungsbilanzsaldos bewirken, die jedoch 2006 voraussichtlich ausgeglichen wird.

Schwache Investitionsnachfrage nach Vorzieheffekt

Aufgrund der fiskalischen Stimulierung der Investitionsnachfrage und eines Nachholbedarfs wurden die Ausrüstungsinvestitionen 2003 und 2004 deutlich ausgeweitet. Sie stiegen viel rascher als im EU-Durchschnitt. Die Nachfrage blieb bis zum Auslaufen der Investitionszuwachsprämie mit Jahresende 2004 kräftig. Vor allem die Lkw-Neuzulassungen nahmen stark zu. Dies lässt eine schwache Investitionstätigkeit im laufenden Jahr erwarten. Darauf weist auch die WIFO-Umfrage zum Investitionsverhalten der Unternehmen in der Sachgütererzeugung hin. Im Jahr 2005 ist mit einem Anstieg der gesamten Ausrüstungsinvestitionen um real nur 1,5% zu rechnen. Im kommenden Jahr sollte der Echoeffekt der 2004 vorgezogenen Projekte abklingen und eine Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen um 3,5% möglich sein. Die Kapazitäten werden bei fortschreitender Konjunkturerholung hinreichend ausgelastet sein, um die Investitionstätigkeit stärker zu stimulieren. Auch die zusätzlichen Nettogewin-

ne aus dem Exportgeschäft sowie der Körperschaft- und Einkommensteuersenkung sollten zu einer Ausweitung der Investitionen beitragen.

Die Bautätigkeit wuchs 2004 kontinuierlich. Trotz des starken Anstiegs der Bauinvestitionen im Jahr 2003 um real 7% (vor dem Auslaufen der vorzeitigen Abschreibung) war 2004 ein weiterer Zuwachs zu verzeichnen (+1%). Er konzentrierte sich auf den Tiefbau; die Konjunkturumfrage des WIFO weist für diesen Bereich auch heuer ein anhaltendes Wachstum aus. Hier dürfte die Ausweitung des Finanzierungsrahmens der ASFINAG für den Straßenbau eine wichtige Rolle spielen. Aber auch im Hochbau zeichnet sich eine Aufwärtstendenz ab. Für heuer wie für das kommende Jahr ist mit einem Anstieg der Bauinvestitionen um real 2% zu rechnen.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
	Mrd. € (Referenzjahr 2000)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	160,04	162,25	164,91	167,98	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,9
Private Haushalte ¹⁾	121,34	123,11	125,57	128,33	+ 0,6	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,2
Staat	38,69	39,15	39,35	39,66	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,8
Bruttoinvestitionen	48,92	49,70	50,92	52,78	+ 6,7	+ 1,6	+ 2,4	+ 3,7
Bruttoanlageinvestitionen	48,05	49,87	50,76	52,12	+ 6,2	+ 3,8	+ 1,8	+ 2,7
Ausrüstungen ²⁾	21,29	22,80	23,14	23,95	+ 5,1	+ 7,1	+ 1,5	+ 3,5
Bauten	26,75	27,06	27,60	28,15	+ 7,0	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,0
Inländische Verwendung	210,26	211,55	216,07	220,84	+ 2,3	+ 0,6	+ 2,1	+ 2,2
Exporte	107,50	117,12	123,42	130,99	+ 1,4	+ 9,0	+ 5,4	+ 6,1
Reiseverkehr	13,32	13,27	13,33	13,65	+ 1,1	- 0,4	+ 0,5	+ 2,4
Minus Importe	101,83	108,50	114,56	121,92	+ 4,8	+ 6,6	+ 5,6	+ 6,4
Reiseverkehr	8,40	8,19	8,30	8,50	+ 1,4	- 2,5	+ 1,3	+ 2,4
Bruttoinlandsprodukt	216,00	220,42	225,27	230,36	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3
Nominell	226,14	235,05	245,54	255,04	+ 2,3	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,9

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Im Jahr 2004 nahm der Konsum der privaten Haushalte um 1,5% zu, doppelt so stark wie im Jahr zuvor. Für das Jahr 2005 wird mit einer weiteren Beschleunigung des Konsumwachstums gerechnet. Trotz der expansiven Effekte der Steuerreform bleibt die Steigerung der Konsumausgaben hinter früheren Aufschwungphasen zurück. Zwar bedeutet die Steuerersparnis durch die Reform einen deutlichen Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, andere Faktoren wirken allerdings in die Gegenrichtung. So verringert der zunehmende Preisauftrieb die Steigerung der verfügbaren Einkommen in realer Rechnung beträchtlich. Gleichzeitig erhöht sich die Sparquote weiter – obwohl die Energieverteuerung einen "Zwangskonsum" bewirkt, der die Sparquote tendenziell verringert. Der Nettoeinkommensgewinn durch Steuerersenkungen wird gewöhnlich zunächst nur zum Teil konsumiert, zum anderen Teil gespart. Seit dem Beginn der Schwächephase (Ende 2000) steigt die Sparquote kontinuierlich¹⁾ und schränkt damit die konjunkturstabilisierende Funktion der Konsumausgaben ein. Dazu trug – ähnlich wie in Deutschland – auch die Umverteilung von den Nettomasseneinkommen (mit niedriger Sparquote) zu den Gewinnen der Selbständigen bei.

Die Überwälzung der erdölpreisbedingten Inflationsbeschleunigung auf die Löhne blieb bisher sehr begrenzt. Die Effektivverdienste lagen 2004 pro Kopf um 2,2% über dem Niveau des Vorjahres. Die durchschnittliche Arbeitszeit nahm im Gefolge des Konjunkturaufschwungs und wegen der höheren Zahl von Arbeitstagen zu. Die Herbstlohnrunde brachte in den meisten Branchen eine Anhebung der Tariflöhne bzw. -gehälter um 2% bis 2,5%. Angesichts der erwarteten Inflationsrate von 2,5% bedeutet dies im Jahr 2005 einen geringfügigen Rückgang der Bruttorealeinkommen.

Steuersenkung begünstigt privaten Konsum

Die Lohn- und Einkommensteuerbelastung wird durch die zweite Etappe der Steuerreform 2005 um 1,3 Mrd. € gesenkt. Dies gibt dem privaten Konsum deutlichen Auftrieb. Der Preisanstieg und die Zunahme der Sparquote wirken jedoch den positiven Effekten der Steuerreform entgegen.

¹⁾ Die vorläufige Einkommensrechnung von Statistik Austria weist einen ungewöhnlich hohen Anstieg der Sparquote im Jahr 2003 aus, der noch korrigiert werden könnte.

Übersicht 6: Konsum, Einkommen und Preise

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,0	- 0,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,2
Dauerhafte Konsumgüter	- 0,1	- 2,4	+ 3,6	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,1
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	7,6	7,8	8,9	9,2	9,6	9,6
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 5,0	+ 5,2	+ 4,8
	In %					
Inflationsrate						
National	2,7	1,8	1,3	2,1	2,5	1,8
Harmonisiert	2,3	1,7	1,3	2,0	2,4	1,7
"Kerninflation" ³⁾	2,3	2,0	1,3	1,6	2,1	1,7

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Die Lohn- und Einkommensteuersenkung sowie die erwartete Beschäftigungssteigerung lassen die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte 2005 mit +2,3% deutlich steigen. Die Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer dürften netto real um fast 1% wachsen, die Beschäftigung um 0,8%. Der private Konsum wird 2005 und 2006 um gut 2% ausgeweitet werden. Überdurchschnittlich wird sich die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern entwickeln.

Übersicht 7: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,5
Vollzeitäquivalent	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,7
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	- 0,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,7
Netto	- 1,3	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,4
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	+ 1,1	- 0,6	- 0,5	- 3,1	- 2,1	- 1,4
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber den Handelspartnern	- 0,9	- 0,6	+ 1,4	- 0,6	- 0,8	- 2,5
Gegenüber Deutschland	- 0,6	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 2,2
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,2	+ 1,0	- 0,6
Real	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,5	- 0,6

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Verstärkter Preisauftrieb trotz mäßiger Binnenkonjunktur

Der Anstieg der Wohnungs- und Energiekosten sowie der Zigarettenpreise beschleunigte den Preisauftrieb in den letzten Monaten. Die Inflationsrate blieb nur knapp unter der 3%-Marke. Die jüngste Rohölverteuerung lässt eine weitere Erhöhung des Verbraucherpreisindex im März erwarten. Außerordentlich stark nehmen derzeit die Mieten und sonstigen Wohnungskosten zu. Im Gegensatz zu früheren Jahren ziehen auch die Nahrungsmittelpreise kräftig an.

Nach einer Erhöhung des Verbraucherpreisindex im Jahr 2004 um 2,1% ist heuer mit einer Inflationsrate von 2,5% zu rechnen. Dafür sind insbesondere der anhaltende Anstieg der Rohölnotierungen und die Anhebung der Tabaksteuer maßgebend. Im März 2005 erreichte der Rohölpreis mit 55 \$ je Barrel (Brent) einen neuen Höchststand. Das WIFO geht im Einklang mit den internationalen Prognosen von einer Verringerung des Erdölpreises im Laufe des Jahres 2005 aus. Sollte der Rohölpreis bis zum Jahresende das Niveau von 55 \$ je Barrel halten, dann würde die Inflationsrate nach Simulationen mit dem Input-Output-Modell des WIFO im Jahr 2005 2,8% statt 2,5% betragen. Die Kerninflation – ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel – bleibt heuer mit 2,1% deutlich hinter der allgemeinen Teuerungsrate zurück. Dies weist darauf hin, dass die als temporär betrachtete Beschleunigung des Preisauftriebs nur in geringem Maß auf Löhne und Industrieprodukte weitergewälzt wird.

Im Jahr 2006 dürfte die Inflationsrate auf 1,8% zurückgehen. Dies setzt eine Verringerung der Rohölpreise und eine Beruhigung auf dem Wohnungssektor voraus. Die Prognose nimmt an, dass der Rohölpreis von 44 \$ (2005) auf 39 \$ je Barrel im Jahr 2006 sinkt.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften reagierte auf die Konjunkturerholung relativ deutlich, die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten nahm im Jahresdurchschnitt 2004 um 21.000 zu. Zu Jahresbeginn 2005 hielt diese Tendenz an. Arbeitsplätze entstanden insbesondere in den unternehmensnahen Dienstleistungen und im Gesundheits- bzw. Pflegebereich. Die starke Ausweitung der Beschäftigung von Männern deutet darauf hin, dass überwiegend zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen wurden.

Die Energieverteuerung, ein Anstieg der Mieten und die Anhebung der Tabaksteuer verstärken 2005 den Preisauftrieb. Für 2006 wird ein Rückgang der Inflationsrate erwartet.

Kein Rückgang der Arbeitslosigkeit trotz deutlicher Beschäftigungsausweitung

Die Konjunkturerholung bewirkt eine markante Ausweitung der Beschäftigung, die auch Vollzeitstellen betrifft. Die Arbeitslosenquote bleibt jedoch unverändert, da das Angebot an Arbeitskräften merklich steigt.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 13,9	- 11,6	+ 8,5	+ 25,1	+ 29,0	+ 30,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 12,4	- 15,0	+ 5,5	+ 21,1	+ 25,5	+ 26,9
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländer	+ 3,0	- 20,1	- 10,4	+ 9,2	+ 15,5	+ 16,7
Ausländische Arbeitskräfte	+ 9,5	+ 5,1	+ 15,9	+ 11,9	+ 10,0	+ 10,2
Selbständige ³⁾	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 4,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 27,5	+ 27,0	+ 30,1	+ 14,9	+ 1,2	+ 8,6
15- bis 59-Jährige	- 13,8	- 1,2	+ 13,3	+ 17,4	+ 31,3	+ 38,9
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 23,5	+ 17,0	+ 16,1	+ 28,9	+ 32,0	+ 30,9
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 3,0	± 0,0
Stand	in 1.000	203,9	232,4	240,1	243,9	246,9
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	3,6	4,2	4,3	4,5	4,5	4,5
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,5	6,2	6,3	6,4	6,4	6,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,1	6,9	7,0	7,1	7,1	7,1
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	63,3	62,8	62,6	62,9	63,4	63,8
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾⁸⁾	-	-	-	67,5	68,0	68,4

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁸⁾ Geänderte Erhebungsmethode.

Die erwartete leichte Wachstumsbeschleunigung wird 2005 eine Beschäftigungsausweitung um 26.000 (+0,8%) zur Folge haben, 2006 ist mit einer ähnlichen Rate zu rechnen. Die Beschäftigungsquote (laut Eurostat) wird 2006 etwa 68½% erreichen; diese Definition schließt allerdings auch die Bezieher von Kinderbetreuungsgeld ein. Die Erreichung des Lissabon-Ziels (70% im Jahr 2010) erscheint damit realistisch.

Trotz der kräftigen Beschäftigungssteigerung geht die Zahl der Arbeitslosen nicht zurück. Saisonbereinigt stagnierte sie zu Jahresbeginn. Im Februar lag sie wegen un-

günstiger Witterung um 7.600 über dem Vorjahreswert, obwohl die Schulungen aus-
geweitet wurden. Die Arbeitslosenquote dürfte 2005 und 2006 bei 7,1% (bzw. 4,5%
laut Eurostat-Definition) verharren. Dies geht auf eine starke Ausweitung des Arbeits-
kräfteangebotes zurück. Das inländische Arbeitskräfteangebot wächst aus demo-
graphischen Gründen sowie infolge der Pensionsreform. Zusätzliche ausländische
Arbeitskräfte kommen vor allem aus Deutschland – wegen der ungünstigen Ar-
beitsmarktlage arbeiten dort auch immer weniger Österreicher.

Defizit der öffentlichen Haushalte steigt 2005 auf rund 2% des BIP

Im Jahr 2005 hat die Steuerreform einen deutlichen Anstieg des Staatsdefizits zur Folge. 2006 ist ein leichter Rückgang zu erwarten, da sich die Konjunktur weiter erholen dürfte, der Aufwand für die Investitionszuwachsprämie wegfallen wird und der Zuwachs der öffentlichen Ausgaben stark gedämpft werden soll.

Die Steuereinnahmen entwickelten sich zu Jahresbeginn 2005 relativ günstig. Vor allem die Umsatz- und Körperschaftsteuereinnahmen wuchsen stark. Die Inflationsbeschleunigung im Gefolge der Rohölpreishausse wird heuer das Erreichen des Budgetvoranschlags erleichtern.

Die zweite Etappe der Steuerreform trat am Jahresanfang 2005 in Kraft. Sie sieht Steuersenkungen im Ausmaß von 2,6 Mrd. € vor. Die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 34% auf 25% bringt den Unternehmen eine Entlastung um knapp 1 Mrd. €, die großteils erst 2006 budgetwirksam sein wird. Die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen werden durch die zweite Etappe der Steuerreform um 1,3 Mrd. € entlastet. Das Wirtschaftswachstum wird 2005 durch die Steuerreform um etwa ¼ Prozentpunkt und 2006 neuerlich um ¼ Prozentpunkt angehoben, es wird deshalb spürbar höher ausfallen als im Euro-Raum. Der isolierte Effekt der Steuerreform auf den Finanzierungssaldo des Staates beträgt 2005 -¾% des BIP und 2006 -½% des BIP.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	+ 0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 2,0	- 1,8
Laut VGR	+ 0,1	- 0,4	- 1,3	- 1,4	- 2,1	- 1,9
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 3,7	+ 3,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,0
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	4,3	3,3	2,3	2,1	2,2	2,2
Sekundärmarktrendite ²⁾	5,1	5,0	4,2	4,2	3,9	4,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,2	+ 1,0	- 0,6
Real	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,4	- 0,7

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Ob das Staatsdefizit heuer unter der 2%-Grenze bleibt, wird entscheidend von der Höhe der Einmaleffekte (z. B. Sonderdividenden), dem schwer zu schätzenden verbleibenden Aufwand für die Investitionszuwachsprämie und der weiteren Entwicklung der Umsatzsteuereinnahmen abhängen.

Im Jahr 2006 dürfte das Defizit auf etwa 1¼% des BIP zurückgehen. Das entspricht dem im Stabilitätsprogramm angeführten Wert. Einerseits bedeutet die Steuerreform einen Ausfall an Einkommen- und Körperschaftsteuereinnahmen, andererseits wirken sich die erwartete Konjunkturerholung und das Auslaufen der Investitionszuwachsprämie positiv auf den Staatshaushalt aus. Die Konjunkturaussichten für 2006 sind naturgemäß mit hohen Risiken behaftet. Eine Unsicherheit besteht bezüglich des tatsächlichen Ausfalls an Körperschaftsteuereinnahmen infolge der Gruppenbesteuerung.